

Editorial: Neue Bundesregierung
muss Reformen intensivieren

Interventionen beim Benzinpreis kontraproduktiv

Besteuerung von Unternehmen:
Vier Vorschläge und kein Königsweg

Sparverhalten von Einwanderern und Deutschen

Präsentation bei ESWC und Verein für Sozialpolitik

Neuerscheinungen: RWI : Discussion Papers

Interna: Betriebsausflug – Personalia

Nr. 4/2005



Neue Bundesregierung muss Reformen intensivieren

Die Bundestagswahl hat nicht die Klarheit gebracht, die sich viele erhofft hatten. Insbesondere aus wirtschaftspolitischer Sicht ist ein klarer und zuverlässiger Kurs aber erforderlich. Denn Deutschland befindet sich seit Jahren in einer ausgeprägten Wachstumskrise, die sich wohl nur mit einer Fortsetzung beziehungsweise sogar Intensivierung des Reformkurses überwinden lässt. Zugleich wird eine regierungsfähige Mehrheit nur durch weit gehende Kompromisse der beteiligten Parteien zu Stande kommen. Die Chancen für einen eindeutigen, wachstumsorientierten Kurs der Wirtschaftspolitik haben sich somit – auch und insbesondere in einer großen Koalition – nicht verbessert.

Die neue Bundesregierung kann an einige positive Ansätze anknüpfen, die von der alten geschaffen wurden. So wurden mit einer Reform des Arbeitsmarkts begonnen, bei der Rentenversicherung die Eigenverantwortung gestärkt, erste Schritte zur Kostenbegrenzung im Gesundheitswesen unternommen und eine Begrenzung der öffentlichen Ausgaben eingeleitet. Diese Reformen reichen aber angesichts der Herausforderungen durch Globalisierung, europäische Integration und Demographie bei weitem nicht aus.

Eine erfolgreiche Reformstrategie muss grundsätzlich auf drei Säulen ruhen, die ineinander greifen. Erstens müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass Kreativität und Leistungswille freigesetzt werden und wirtschaftliche Aktivität belohnt wird. Ein zentrales Element sind dabei verstärkte Investitionen vor allem in Bildung, Forschung und Wissenstransfer. Ebenso zentral ist die Stärkung wettbewerbsfähiger Elemente, nicht nur im Unternehmensbereich, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt. Hier sollten der Kündigungsschutz gelockert und



vermehrt betriebliche Bündnisse berücksichtigt werden. Schließlich steht eine umfassende Steuerreform an, die hauptsächlich die Belastung für Unternehmen senken, das System vereinfachen und Steuerschlupflöcher schließen sollte. Allerdings muss eine solche Steuerreform solide finanziert sein, nicht zuletzt durch die Senkung von Ausgaben, insbesondere von Subventionen.

Die zweite Säule der Reformstrategie betrifft Fragen der sozialen Sicherung. Auch hier gilt es, Eigenverantwortung gegenüber staatlichem Handeln deutlich mehr Raum zu geben und so Vielfalt und Wettbewerb zu forcieren. Dazu gehört eine umfassende Bildungsreform, die Studierende an den Kosten der Ausbildung beteiligt, ebenso wie mehr Eigenverantwortung bei den Renten, die vermehrt durch Kapitaldeckung finanziert werden sollten.

Dies alles ist jedoch nur durchführbar, wenn der Staat auch selbst für solides Wirtschaften, effiziente Prozessabläufe und Verlässlichkeit steht – die dritte Säule der Reformstrategie. Nur wenn die öffentlichen Haushalte – jetzt und für die Zukunft – auf strikte Konsolidierung verpflichtet werden, wird der privaten Initiative wieder mehr Raum gegeben.

Christoph M. Schmidt

Aus der Forschung

Staatliche Interventionen beim Benzinpreis sind kontraproduktiv

Das RWI Essen sieht in Deutschland wenig Anlass für ein staatliches Einschreiten zu Gunsten eines niedrigeren Öl- und Benzinpreises. Zum einen sind die nationalen Eingriffsmöglichkeiten sehr begrenzt. Zum anderen sind die wirtschaftlichen Auswirkungen des hohen Ölpreises bisher relativ gering. Dies ist auch das Ergebnis einer RWI-Untersuchung zu den Auswirkungen von Ölpreisschocks auf die deutsche Wirtschaft in den Jahren zwischen 1970 und 2002.

Das RWI Essen rät davon ab, den nach wie vor hohen Öl- und Benzinpreis durch staatliche Interventionen wie beispielsweise eine Reduzierung der Ökosteuern senken zu wollen. Zum einen, weil die Politik nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten auf die Preisbildung auf den internationalen Energie- und Rohstoffmärkten hat. Zum anderen, weil sich der hohe Ölpreis bisher verhältnismäßig wenig dämpfend auf die weltweite und deutsche Wirtschaft auswirkt. Dies hat drei wesentliche Gründe:

(1) Real ist der derzeitige Ölpreis immer noch weitaus niedriger als in den siebziger und achtziger Jahren.

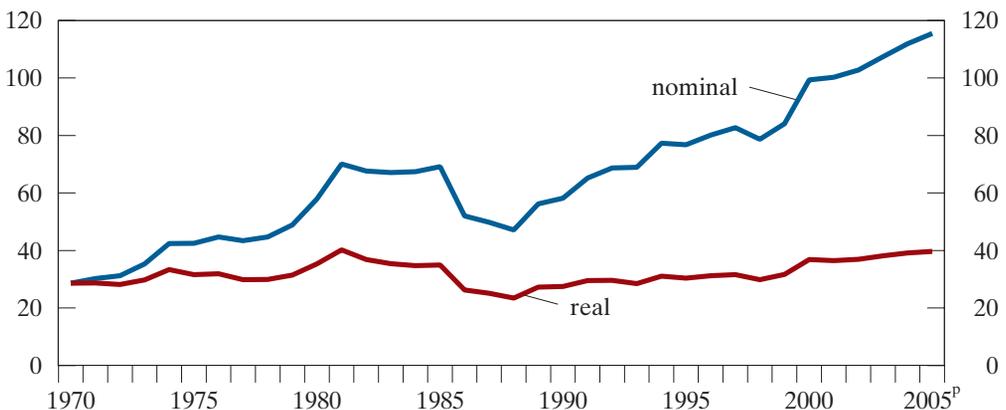
(2) Das Preisniveau wird durch die gestiegene Nachfrage der expandierenden Weltwirtschaft verursacht, während es in den siebziger Jahren auf ein verknapptes Angebot – und damit auf einen exogenen Schock – zurückzuführen war.

(3) Die Industrieländer sind heute nicht mehr so abhängig vom Öl, sie benötigen bezogen auf ihr Bruttoinlandsprodukt nur noch halb so viel. Entsprechend werden auch Produktpreise und Inflationsraten weniger durch den Ölpreis beeinflusst.

Für Deutschland bestätigt dies eine RWI-Untersuchung. Das Discussion Paper No. 31 mit dem Titel „Effects of Oil Price Shocks on German Business Cycles“ kommt zu dem Ergebnis, dass Energie für die industrielle Produktion weniger wichtig als früher ist und damit auch die Anfälligkeit der deutschen Wirtschaft für Ölpreisschocks abgenommen hat.

Nominaler und realer Preis für Normalbenzin

1970 bis 2005; in Cent pro Liter



Nach Angaben des Mineralölwirtschaftsverbands. – ^pPrognose.

Eingriffe des Staates sind nicht nötig

Staatliche Interventionen zur Senkung des Öl- und vor allem des Benzinpreises sind daher aus unserer Sicht „politischer Aktionismus“. Beispielsweise ist eine Senkung der Ökosteuer schon deshalb nicht sinnvoll, weil allein 2003 rund 90 Prozent des Ökosteueraufkommens für die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge genutzt wurden. Diese müsste dann anderweitig finanziert werden, beispielsweise durch eine höhere Mehrwertsteuer. Eine geringfügige Absenkung der Mineralölsteuer, wie im Bundestagswahlkampf vorgeschlagen, ist zum einen für die Verbraucher kaum wahrnehmbar. Zum anderen besteht die Gefahr, dass die Mineralölkonzerne den Preisvorteil nicht vollständig weitergeben und letztlich von dieser Maßnahme profitieren.

Auch die Freigabe von Teilen der nationalen Reserven an Mineralöl und -produkten wäre nur vorübergehend wirksam, ändert jedoch nichts am Kern des Problems: fehlenden Raffineriekapazitäten vor allem in den USA. Spekulationen an den Ölmärkten mit staatlichen Interventionen begehen zu wollen, ist wenig wirksam, wie Devisenmarktinterventionen zeigen.

Hohe Ölpreise sind Anreize für Investitionen in die Zukunft

Langfristig stellen die hohen Mineralölpreise sogar Anreize für Investitionen in die Zukunft dar. Sie sorgen für verstärkte Explorations- und Investitionstätigkeit der großen Mineralölkonzerne und damit für ein zukünftig höheres Angebot an Rohöl, was wiederum preisdämpfend wirkt.

Verbraucher und Produzenten sind zudem langfristig steigenden Preisen keineswegs ausgeliefert: Sie können Öl einsparen oder durch andere Rohstoffe ersetzen. Dies könnte beispielsweise durch verbrauchsärmere Kraftfahrzeuge geschehen. Anzunehmen wäre auch eine Erhöhung der Mineralölsteuer in den USA, die derzeit rund ein Viertel des weltweiten täglichen Bedarfs von etwa 84 Millionen Barrel Öl verbrauchen.

Roland Döhrn, Manuel Frondel et al., Hoher Ölpreis – kein Grund für Aktionismus, RWI : Positionen #3. RWI, Essen

*Torsten Schmidt and Tobias Zimmermann, Effects of Oil Price Shocks on German Business Cycles. RWI : Discussion Paper 31. RWI, Essen
Informationen: frondel@rwi-essen.de, tschmidt@rwi-essen.de*

Besteuerung von Unternehmen – Vier Vorschläge und kein Königsweg

Trotz mehrerer Reformen in den vergangenen Jahren ist die steuerliche Belastung für Unternehmen in Deutschland im internationalen Vergleich nach wie vor hoch. Derzeit werden daher vier Konzepte für eine umfassende Unternehmenssteuerreform diskutiert. Die nähere Betrachtung zeigt, dass jedes der vier Konzepte Vorzüge und Schwächen hat. Alle bieten aber Handlungsoptionen, die das derzeitige, viel kritisierte System der Unternehmensbesteuerung verbessern würden. Am geeignetsten ist nach Auffassung des RWI Essen der Vorschlag einer Dualen Einkommensteuer des Sachverständigenrats.

Die steuerliche Belastung der Unternehmen in Deutschland wurde zwar in den vergangenen Jahren gesenkt, im internationalen Vergleich ist sie aber immer noch hoch.

Bei Kapitalgesellschaften liegt die gesamte steuerliche Belastung der einbehaltenen Gewinne bei rund 39 %, bei ausgeschütteten Gewinnen aufgrund der zusätzlichen Belastung durch die Einkommensteuer der Anteilseigner in den meisten Fällen bei über 50 %.

Personengesellschaften sind zwar in der Regel geringer belastet, aber Einkommensteuersätze von bis zu 42 % führen auch hier zu vergleichsweise hohen Belastungen, zu der noch die des Solidaritätszuschlags hinzukommt; für einige Unternehmen sogar noch eine Belastung durch Gewerbesteuer.

Es werden vier Konzepte diskutiert, die derzeit zur Reform der Unternehmensbesteuerung erarbeitet werden: die „Allgemeine Unternehmensteuer“ der Stiftung Marktwirtschaft, die „Duale Einkommensteuer“ des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), das „Einkommensteuergesetzbuch“ von Paul Kirchhof und die „Einfachsteuer“ des Heidelberger Steuerkreises. Keines dieser Konzepte liegt als abgeschlossene Blaupause für eine unmittelbare Umsetzung vor, aber die zentralen Elemente sind bei allen bekannt.

Jedes der Konzepte hat Vorzüge, aber auch Schwächen – jedenfalls beim derzeitigen Stand. Deshalb stellt keines den Königsweg zu einer Besteuerung von Unternehmen dar, die entscheidungsneutral, international wettbewerbstauglich, einfach ausgestaltet und zugleich verwaltungstechnisch praktikabel ist. Allerdings stellen alle Vorschläge eine Verbesserung im Vergleich zum unbefriedigenden Status quo dar.

Die Konzepte im Einzelnen

Die besten Argumente bietet der Vorschlag des SVR, möglichst schnell eine einheitliche Steuer auf alle Kapitaleinkommen einzuführen. Die Körperschaftsteuer soll darin integriert werden. Die Steuerbelastung sollte – inklusive einer kommunalen Unternehmensteuer – ein international wettbewerbsfähiges Niveau von maximal 30 % nicht überschreiten. Arbeitseinkommen, vor allem auch kalkulatorischer Unternehmerlohn aus Gewinneinkünften, soll zunächst weiter mit dem derzeitigen progressiv ausgestalteten Einkommensteuertarif belastet werden; auf mittlere Sicht soll aber auch hier eine Reduzierung erfolgen. Eine kurzfristige Senkung würde zu erheblichen Steuermindereinnahmen führen, deren Kompensation nicht ohne Nachteile an anderer Stelle zu bewerkstelligen wäre. Die Crux dieser Dualen Einkommensteuer

liegt in den Arbitragemöglichkeiten: Wenn Kapitaleinkommen generell niedriger besteuert wird als Arbeitseinkommen, besteht ein Anreiz, einen Teil des Arbeits- in Kapitaleinkommen umzuwandeln. Einen Ansatz zur Lösung dieses Problems sieht der SVR darin, den auf den Kapitaleinsatz zurückzuführenden Gewinns pauschal festzulegen und den verbleibenden als Arbeitseinkommen der Einkommensteuer zu unterziehen.

Ein ähnliches Vorgehen bei der Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage sieht auch das Konzept der Einfachsteuer vor. Allerdings definiert hier eine fiktive, „marktübliche“ Verzinsung des Eigenkapitals gerade den Teil des Gewinns, der nicht besteuert werden soll; lediglich die nach Abzug dieses Schutzbetrags verbleibenden Gewinne werden einer allgemeinen Unternehmensteuer unterworfen. Ziel dieser „zinsbereinigten Gewinnbesteuerung“ ist es, Gewinne im Zeitablauf nur einmal steuerlich zu erfassen und bei der Definition steuerlicher Leistungsfähigkeit auf die gesamte „Lebensdauer“ von Unternehmen abzustellen. Im Gegensatz hierzu steht die derzeitige Praxis, in der versucht wird, die steuerliche Leistungsfähigkeit weitestgehend abschließend in Jahresperioden abzubilden; hierzu gibt es freilich keine überzeugende Begründung.

Dieser „traditionellen“ Vorgehensweise, die wegen der Bewertungs- und Definitionsprobleme keine Neutralität der Besteuerung erreicht, folgt im Grundsatz auch der Vorschlag von Kirchhof. Zwar werden die für alle Steuerpflichtigen gültige Flat Tax in Höhe von 25 % des Einkommens und die Vorschläge zur Abschaffung von Steuervergünstigungen und Sonderregelungen bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage im Grundsatz als positiv bewertet. Allerdings löst diese vereinfachte Formulierung des Steuergesetzes noch nicht die Probleme bei der Ermittlung

steuerlicher Leistungsfähigkeit. Die zu versteuernden Gewinne und Bemessungsgrundlagen sind nicht naturgegeben, sondern müssen definiert werden – auch dann, wenn man wie Kirchhof alle Einkünfte im Steuergesetz in einer Einkunftsart zusammenfasst.

Hier setzt auch der Vorschlag der Stiftung Marktwirtschaft an. Sie räumt allen Unternehmen die Option ein, neben der Gewinnermittlung per Steuerbilanz eine „zahlungsorientierte Überschussrechnung“ vorzunehmen – beides ohne Maßgeblichkeit der Handelsbilanz. Sämtliche Unternehmenseinkünfte sollen einer allgemeinen Unternehmensteuer unterliegen, die inklusive der Belastung mit kommunalen Steuern nicht höher als 25 % sein soll. Probleme bei diesem Konzept sehen wir darin, dass

einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne letztlich unterschiedlich hoch belastet werden sollen – Neutralität der Besteuerung wird also nicht erreicht.

Fazit

Es gibt keinen Königsweg, aber vielversprechende Reformkonzepte, die internationale Wettbewerbsposition für Unternehmen in Deutschland zu verbessern, der Neutralität der Besteuerung besser Rechnung zu tragen und zugleich die Unternehmensbesteuerung zu vereinfachen – profitieren würden davon alle Bürger.

*Die Veröffentlichung der Studie von Heinz Gebhardt und Rainer Kambeck in den RWI : Materialien ist in Vorbereitung
Informationen: gebhardt@rwi-essen.de, kambeck@rwi-essen.de*

Temporäre Einwanderer sparen mehr als Deutsche

Das RWI Essen hat das Sparverhalten von Einwanderern untersucht. Es zeigt sich, dass die Sparrate temporärer Einwanderer, Heimatüberweisungen einbezogen, höher liegt als die vergleichbarer deutscher Haushalte. Permanente Einwanderer sparen hingegen weniger. Unabhängig von der Dauer des Aufenthalts in Deutschland ist eine Anpassung des Sparverhaltens ausländischer Haushalte an das deutscher Haushalte nicht festzustellen.

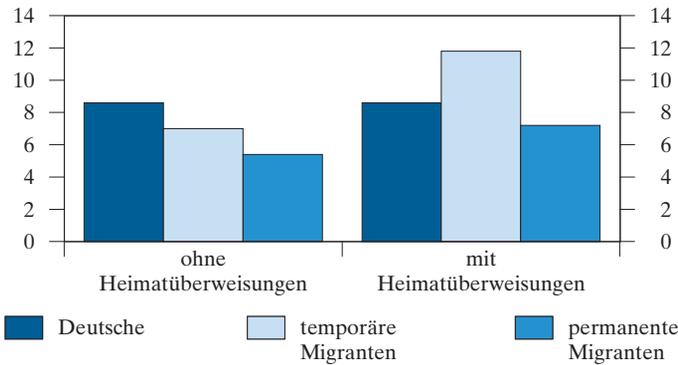
Berücksichtigt man Transferzahlungen von Einwanderern in ihr Heimatland (sog. Heimatüberweisungen), dann ergeben sich für temporäre Einwanderer höhere Sparraten als für Deutsche und dauerhafte Einwanderer. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung des RWI Essen zum Sparverhalten von Einwanderern. Ausgewertet wurden Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) aus den Jahren 1996 bis 2003 auf Haushaltsebene. In die Untersuchung einbezogen wurden rund 8 000 Haushaltsvorstände im Alter zwischen 16 und 65 Jahren. Sie wurden jeweils der Gruppe temporäre Einwanderer, dauerhafte Einwanderer

oder Deutsche zugeordnet, um Verhaltensunterschiede zwischen temporären und dauerhaften Einwanderern zu untersuchen. Dabei wurden alle Einwanderer, die vorhaben, in ihr Herkunftsland zurückzukehren, als temporäre Einwanderer aufgefasst.

Auf den ersten Blick scheinen Einwanderer weniger zu sparen als Deutsche. Die durchschnittliche Sparrate für den gesamten Untersuchungszeitraum lag für Deutsche bei 8,6 %, für temporäre Einwanderer



Durchschnittliche Sparraten von Zuwanderern und Deutschen in % des Haushaltsnettoeinkommens



bei 7 % und für permanente Einwanderer bei 5,4 %. Schon hier scheint sich anzudeuten, dass temporäre Einwanderer mehr sparen als dauerhafte Einwanderer.

Dies könnte darin begründet liegen, dass das Geldverdienen häufig eines ihrer Hauptmotive für den Aufenthalt in Deutschland ist. Noch deutlicher wird dies, wenn die Überweisungen der Einwanderer

in ihre Heimatländer mit einbezogen werden. Die durchschnittliche Sparrate permanenter Einwanderer steigt dann auf 7,2 %, temporäre Einwanderer sparen durchschnittlich 11,8 % ihres Haushaltsnettoeinkommens und damit mehr als durchschnittliche deutsche Haushalte.

Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die Heimatüberweisungen ausländischer Haushalte nicht immer

Ersparnissen gleichgesetzt werden können. Denn teilweise handelt es sich dabei – insbesondere bei permanenten Einwanderern – um Zuwendungen an Familienmitglieder im Heimatland.

Thomas K. Bauer and Mathias Sinning, The Savings Behavior of Temporary and Permanent Migrants in Germany. RWI : Discussion Paper 29. RWI, Essen

Informationen: sinning@rwi-essen.de

Eingeworbene Forschungsaufträge

The Impact of Direct Investment by BASF in Nanjing, China on the Sustainable Development of the Region. Projekt für die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Ansprechpartner: Andreas Oberheitmann. Laufzeit: 1 Monat.

Internationalisierung bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft – Bestandsaufnahme, Chancen, Strategien. Projekt für das Bundesministerium für Forschung und Technologie. In Kooperation mit Berlecon Research, Universität Mannheim (Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsinformatik) und ZEW Mannheim. Ansprechpartner: Dr. Dirk Engel. Laufzeit: 20 Monate.

Der Beitrag des Mittelstandes zur Entwicklung der Beschäftigung in Deutschland. Projekt für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Ansprechpartner: Dr. Dirk Engel. Laufzeit: 12 Monate.

Forschungsstrategien der Unternehmen – Bestimmungsfaktoren, Konsequenzen für NRW und Einflussmöglichkeiten der Politik. Projekt für das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen. Ansprechpartner: Dr. Bernhard Lageman. Laufzeit: 12 Monate.

Termine und Konferenzen

RWI Essen präsentierte sich erstmals bei ESWC

Alle fünf Jahre veranstaltet die „Econometric Society“ ihren „World Congress“. 2005 war es wieder soweit: vom 19. bis 24. August trafen sich Ökonomen aus aller Welt zum 9. „Econometric Society World Congress“ (ESWC), dieses Mal am University College in London. Erstmals war das RWI Essen mit seinem Publikationenstand vertreten. Pressereferentin Sabine Weiler und Doktorandin Sandra Schaffner gaben Auskunft zur Arbeit und den mittlerweile zahlreichen englischsprachigen Veröffentlichungen des Instituts. Gleichzeitig bot der ESWC die Gelegenheit, die „Ruhr Graduate School in Economics“ international vorzustellen.



RWI-Doktorandin Sandra Schaffner beantwortete in London Fragen zu den englischsprachigen Publikationen des RWI Essen

Alle Jahre wieder: Das RWI Essen bei der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik

Wie in den beiden Vorjahren war das RWI Essen auch in diesem Jahr wieder mit

einem Stand bei der Jahrestagung des renommierten Vereins für Socialpolitik vertreten. Die diesjährige Konferenz fand vom 27. bis 30. September in Bonn statt.



Gemeinsam stark: RGS-Koordinator Dr. Stefan Rumpf präsentierte in Bonn die RGS Econ am RWI-Stand

Auch hier präsentierten sich RWI Essen und RGS Econ gemeinsam. Auf diese Weise gelang es, viele Wissenschaftler aus dem deutschsprachigen Raum über die RGS Econ zu informieren. Ziel war es, über sie als Multiplikatoren die Graduate School an möglichst vielen Universitäten bekannt zu machen. Auf reges Interesse stießen auch die aktuellen Publikationen wie RWI : Discussion Paper, die kostenlos mitgenommen werden konnten.

RWI-Wirtschaftsgespräch zur Hochschulfinanzierung

„Die zukünftige Finanzierung der Hochschulausbildung“ lautet der Titel des diesjährigen RWI-Wirtschaftsgesprächs. Es findet am Mittwoch, dem 2. November 2005, im Conference Center der Essener Commerzbank statt. Auf dem Podium diskutieren: Prof. Dr. Bruce Chapman, PhD (Australian National University), Prof. Dr. Michael Hartmann (TU Darmstadt), Christian Krekel (Direktor Kreditsekretariat,

KfW Bankengruppe), Prof. Dr. Andreas Pinkwart (NRW-Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie, stellvertretender Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen) und RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt. Die Moderation der Diskussion übernimmt Lars Tottmann vom WDR.

Informationen: sinning@rwi-essen.de

RGS-Symposium zum demographischen Wandel

Die Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ) veranstaltet am Freitag, 2. Dezember 2005 in der Essener Philharmonie ein Symposium zum Thema „Confronting Demographic Change: Economic Impacts and Policy Challenges“. Die Vorträge befassen sich unter anderem mit den ökonomischen Implikationen einer alternden Bevölkerung und den Auswirkungen dieses demographischen Drucks auf die Gesundheitssysteme.

Als Festredner wird der sächsische Ministerpräsident Prof. Dr. Georg Milbradt erwartet. Sein Vortrag trägt den Titel „Der Westen kann vom Osten lernen – Demographischer Wandel als Chance“. Die RGS Econ ist eine Kooperation des RWI Essen mit den Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen. Im Oktober 2004 gestartet, nimmt sie jährlich acht Doktoranden auf, die innerhalb von drei Jahren zur Promotion geführt werden.

Informationen: rumpf@rwi-essen.de

Publikationen

RWI : Discussion Papers

Download der RWI : Discussion Papers unter www.rwi-essen.de/dp

**(32) Thomas K. Bauer und Mathias Sinning,
Blinder-Oaxaca Decomposition for Tobit Models**

In diesem Papier wird ein Dekompositionsverfahren für Tobit-Modelle hergeleitet, das es erlaubt, die Differenzen zensierten Ergebnisvariablen zweier Gruppen in zwei Teile aufzuteilen: einen Teil, der durch Unterschiede in beobachtbaren Charakteristika erklärt werden kann, und

einen Teil, der auf Unterschiede in den geschätzten Koeffizienten zurückgeführt werden kann. Diese Methode wird auf eine Dekomposition von Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen unter Verwendung deutscher Daten angewandt.

(33) Marcus Tamm, The Effect of Poverty on the Health of Newborn Children – Evidence from Germany

In diesem Papier wird der Zusammenhang zwischen dem Gesundheitszustand neuge-

borener Kinder und Armut der Mutter während der Schwangerschaft analysiert. Hierzu wurde ein neuer Fragebogen des Sozio-ökonomischen Panels benutzt, der zahlreiche Informationen über die Gesundheit erfragt. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass es generell keinen Effekt

von Armut auf den Gesundheitszustand gibt. Eine Ausnahme stellt jedoch die Erhöhung der Wahrscheinlichkeit von Frühgeburten dar. Zudem gibt es Anzeichen für eine Übertragung des Gesundheitszustands von Eltern auf ihre Kinder.

Intern

Betriebsausflug führte nach Dortmund

Im Zeichen der Industriekultur stand am 1. September der diesjährige Betriebsausflug des RWI Essen. Ausgangspunkt war die Zeche Zollern in Dortmund, die heute Teil des Westfälischen Industriemuseums ist. Hier gab es die Möglichkeit, in einer Führung Einblicke in die „Arbeitswelt“ oder die „Lebenswelt“ der Bergleute frü-

herer Zeiten zu gewinnen. Während die Arbeitswelt-Führung das Zechengelände erkundete, führte die Lebenswelt-Führung durch die angrenzende Kolonie „Landwehr“, eine liebevoll restaurierte Arbeitersiedlung im Gartenstadtstil, die um die Jahrhundertwende entstand.

Nach der Führung stärkten sich die RWIler beim gemeinsamen Mittagessen im Restaurant „Pferdestall“ auf dem ehemaligen Zechengelände. Auch beim Nachmittagsprogramm gab es Wahlmöglichkeiten:

Eine Gruppe besuchte die Deutsche Arbeitsschutzausstellung (DASA) und erfuhr während einer sehr anschaulichen Führung viel Neues, beispielsweise darüber, wie man am Arbeitsplatz richtig sitzt, wie laut eine Druckmaschine sein und welche Risiken ein industrieller Webstuhl bergen kann. Die zweite Gruppe besuchte den Westfalenpark mit seinem Fernsehturm „Florian“, dem Deutschen Rosarium sowie dem Naturschutzhaus.



Betriebsausflug in die Vergangenheit: Eine Gruppe von RWI-Mitarbeitern während der Führung durch die Kolonie „Landwehr“ der Dortmunder Zeche Zollern

Ehemaliger Direktor des RWI Essen feierte seinen 80. Geburtstag

Am 26. September feierte Bernhard Filsch, ehemaliger Leiter der Konjunkturabteilung und wissenschaftlicher Direktor

des RWI Essen, seinen 80. Geburtstag. Er arbeitete von 1954 bis zu seiner Pensionierung 1986 für das Institut und wirkte in die-

ser Zeit weit über das RWI Essen hinaus. So war er beispielsweise federführend bei der Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute und gehörte dem Arbeitskreis Konjunktur-Experten der Europäischen Kommission ebenso an wie dem Beraterkreis des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Obwohl seit fast 20 Jahren im Ruhestand, ist Bernhard Filusch dem RWI Essen noch heute eng verbunden. Zu seinem 80. Geburtstag widmete ihm das Institut daher seinen aktuellen Konjunkturbericht. Dieser wurde dem Jubilar im Rahmen einer kleinen Feier übergeben.



Treffen der Generationen: Dr. Roland Döhrn, Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, überreichte Bernhard Filusch den aktuellen RWI : Konjunkturbericht mit Widmung

Verwaltungsmitarbeiterin Ingrid Schmidt verabschiedet

Ingrid Schmidt, Sachbearbeiterin in der Verwaltung des RWI Essen, hat ihre Freistellungsphase im Rahmen der Altersteilzeit begonnen. Damit endete eine mehr als 36-jährige Tätigkeit für das Institut. Zur Abschiedsfeier kamen viele Kollegen, um sich persönlich zu verabschieden und ihr alles Gute für die Zukunft zu wünschen.



Zum Abschied reich beschenkt: RWI-Mitarbeiterin Ingrid Schmidt

RWI Essen trauert um ehemalige Konjunkturchefin

Am 25. August 2005 verstarb im Alter von 64 Jahren unsere ehemalige Mitarbeiterin Frau Privatdozentin Dr. Elke Schäfer-Jäckel. Sie war von 1993 bis 2004 an unserem

Institut in der Konjunkturforschung tätig und leitete diesen Bereich viele Jahre. Ihre Arbeit war stets von großem Sachverstand und Engagement geprägt.

Neue Mitarbeiter im RWI Essen



Seit 15. September arbeitet Dr. *Werner Bönnte* als wissenschaftlicher Mitarbeiter am RWI Essen. Er verstärkt den Stab des Vorstands. Dr. Werner Bönnte hat an der Universität Wien und der TU Berlin Wirtschaftswissenschaften studiert und wurde im Jahr 1999 an der Universität Hamburg promoviert. Seine Dissertation beschäftigte sich mit dem „Einfluss industrieller Forschung

und Entwicklung auf die Produktivitätsentwicklung in der deutschen Industrie“ und erhielt den Gerhard-Fürst-Preis 2000 des Statistischen Bundesamtes der Bundesrepublik Deutschland. 2004 habilitierte er sich mit der volkswirtschaftlichen Arbeit „Empirical Studies on Inter-Firm Knowledge Diffusion“ an der Universität Hamburg. Dr. Werner Bönnte hat in internationalen Fachzeitschriften wie *Applied Economics* oder *International Journal of Industrial Organization* publiziert und war bereits in der Politikberatung tätig.



Seit 1. Oktober verstärkt Dr. *Lars Siemers* den Kompetenzbereich „Staatsaktivität, Öffentliche Finanzen und Steuern“ des RWI Essen. Dr. Lars Siemers hat an den Universitäten Heidelberg, Karlsruhe und Swansea (GB) Wirtschaftsingenieurwesen und Volkswirtschaftslehre studiert. Für seine Promotion an der Universität Heidelberg („How to Overcome Poverty

Traps by Education“) erhielt er ein Promotionsstipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Sein Forschungsinteresse gilt der Finanzwissenschaft, insbesondere Steuern, sowie der Makroökonomie und der politischen Ökonomie.

RWI : News

Nr. 4/2005 (Oktober 2005)

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Tel.: 0201/81 49-0, Fax: -200, mail: rwi@rwi-essen.de
Alle Rechte vorbehalten.

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.
Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt
ISSN 1612-3581